POLEN

„Sehr kompliziert und politisch riskant“

Bronislaw Geremek, 69, Chef der liberalen „Freiheitsunion“ und ehemaliger Außenminister, über die Niederlage seiner Partei und die Schwierigkeiten einer Regierungsbildung

SPIEGEL: Ihre Partei und auch die des Premierministers Jerzy Buzek wurden gerade aus dem Parlament gewählt. Die Linke hat gewonnen. Erleben wir jetzt das Ende der Solidarność-Ära?
Geremek: Die Polen haben bei den Wahlen alles in Frage gestellt – wegen des schlechten Regierungsstils und der schwierigen Wirtschaftslage. Darunter hatten vor allem jene Parteien zu leiden, die aus der Solidarność hervorgegangen sind. Leider ist auch meine Partei gebeutelt worden, obwohl wir die Regierung schon vor mehr als einem Jahr verlassen haben. Ich glaube aber, dass wir uns bis zu den Regionalwahlen im nächsten Jahr erholen.

ARTUR PAWLOWSKI / REPORTER / EASTWAY

Geremek

SPIEGEL: Auch bei den Siegern herrscht keine gute Stimmung. Das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) hat keine Mehrheit im Parlament. Wird es eine Koalition geben?
Geremek: Die momentane Situation ist sehr kompliziert und politisch riskant. Das geringste Übel wäre die Bildung einer Minderheitsregierung durch Leszek Miller, den Spitzenkandidaten des SLD. Wenn es um eine rationale Wirtschaftspolitik und den Eintritt Polens in die EU geht, wird es schon Mehrheiten im Parlament geben.
SPIEGEL: Im Parlament sitzen mehrere populistische Parteien, die Stimmung gegen Europa machen. Gefährdet das den Eintrittsprozess Polens in die EU?
Geremek: Die Regierung muss alles dafür tun, dass es beim Referendum über Polens EU-Beitritt in zwei Jahren eine positive Mehrheit gibt. Die Populisten werden viel Trubel verursachen, doch ob sie Einfluss bekommen, hängt von der Stabilität der politischen Mitte ab. Die liegt nun auch beim SLD – und natürlich bei Präsident Kwaśniewski. Von ihm hängt sehr viel ab. Er ist jetzt das politische Zentrum Polens.

URS FLUEELER / AP

Attentatsopfer vor dem Parlamentsgebäude in Zug

SCHWEIZ

Unkontrollierbare Waffenkammer

Das Massaker im Parlament des Kantons Zug hat eine Debatte über ein verschärftes Waffengesetz ausgelöst. Mit einem Sturmgewehr 90, wie es in der Schweizer Armee verwendet wird, erschoss ein Amokläufer 14 Regierungsmitglieder und Parlamentarier und verletzte ein Dutzend weitere zum Teil lebensgefährlich. Danach nahm er sich das Leben. „Es geht jetzt nicht mehr an, dass jeder Soldat sein Gewehr zu Hause deponiert“, sagt der sozialistische Zuger Abgeordnete Josef Lang, der das Blutbad im Sitzungssaal überlebte. „Menschen wie der Zuger Täter können sich doch einfach im Kleiderschrank bedienen.“ Auch Vertreter der großen Parteien fordern schärfere Regelungen. Tatsächlich gleicht das Alpenland einer kaum kontrollierbaren Waffenkammer: Jeder der rund 350 000 Wehrmänner der Streitkräfte bewahrt seine Dienstwaffe samt einer versiegelten Schachtel mit Munition in Haus oder Wohnung auf. Knapp die Hälfte der ausgeschiedenen Armeeangehörigen behält ihre Schießinstrumente im Zivilleben. Seit 1994 wurden bei über einem Dutzend Amoktaten mit den Waffen acht Menschen getötet. Pro Jahr begehen 120 Personen mit Armeewaffen Selbstmord. Nichtautomatische Waffen sind in der Schweiz von privaten Verkäufern leicht zu erwerben: Der Kunde muss sich ausweisen können, mindestens 18 Jahre alt sein, und nach Meinung des Verkäufers darf von ihm keine Gefahr für Dritte ausgehen.

KONGO

Holz für Militärhelfer

Als schützenswerte Ressource wird der 33 Millionen Hektar große Regenwald des Kongo von der Uno klassifiziert. Nun wollen ihn simbabwische Offiziere gemeinsam mit Partnern aus der Demokratischen Republik Kongo abholzen. Grund des drohenden Kahlschlags ist ein nicht eingelöstes Versprechen: Als Simbabwe 1998 Soldaten in den Kongo schickte, um dem von Rebellen bedrängten Präsidenten Laurent Kabila zu helfen, sollten diese in Dollar bezahlt werden. Weil Kabila aber nicht genügend Geld zusammenbekam, erhielten die fremden Truppen Lizenzen für den Diamanten- und Kobaltabbau. Der brachte nicht genug ein, um die Kriegskosten zu bezahlen und die Taschen von Politikern und Militärs zu füllen. Jetzt soll Tropenholz den erhofften Reichtum bringen. Simbabwe hat allerdings weder das Kapital noch das Know-how, um Einschlag und Export im großen Stil zu organisieren. Wie in Liberia sollen deshalb finanzstarke Investoren aus dem Libanon und Malaysia herangezogen werden.

PETER ANDREWS / REUTERS

Kongo-Truppen